

Beschlussempfehlung und Bericht **des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (15. Ausschuss)**

- 1. zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung**
- Drucksache 16/2870 -

Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit 2006

- 2. zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Arnold Vaatz, Ulrich Adam, Peter Albach, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Stephan Hilsberg, Andrea Wicklein, Ernst Bahr (Neuruppin), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD**
- Drucksache 16/3310 -

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
- Drucksache 16/2870 -

Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit 2006

A. Problem

Zu 1.

Die Bundesregierung hat auf der Grundlage von Beschlüssen des Deutschen Bundestages einen Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit 2006 vorgelegt. Dieser beinhaltet vor allem vor allem eine ausführliche Darstellung der Programme und Maßnahmen der Bundesregierung im Aufbau Ost.

Zu 2.

Der Blick auf die Entwicklung in den neuen Ländern zeigt unbestreitbare Erfolge, er lässt aber ebenfalls bisher nicht bewältigte Herausforderungen erkennen. Die hohe Arbeitslosigkeit zählt dabei nach wie vor zu den größten Problemen. Eine zentrale Voraussetzung für die Bewältigung der vielfältigen Herausforderungen in Ostdeutschland ist die Stärkung der Grundlagen für mehr Wachstum und Beschäftigung. Neben dem weiteren Ausbau der Infrastruktur wird vor allem Handlungsbedarf bei der Verbesserung der Investorenwerbung, der Unterstützung des Mittelstands, der Verstärkung von Investitionen in Forschung und Entwicklung, der Fortsetzung der Anstrengungen auf dem Arbeitsmarkt, der Stärkung regionaler Wachstumsbündnisse und Wachstumszentren, der Nutzung der Potentiale des ländlichen Raums und der Förderung einer aktiven Bürgergesellschaft gesehen. Die Lebensqualität soll durch entsprechende infrastrukturelle, soziale und kulturelle Angebote gewährleistet werden. Die politischen Rahmenbedingungen und

Förderinstrumentarien für eine positive wirtschaftliche und soziale Entwicklung sind sinnvoll aufeinander abzustimmen.

B. Lösung

Zu 1.

Kenntnisnahme von der Unterrichtung durch die Bundesregierung.

Zu 2.

Annahme einer Entschließung, mit der die Bundesregierung unter anderem aufgefordert werden soll, strikt auf die Umsetzung der Vereinbarung über die Verwendung der im Solidarpakt II zugesagten Mittel sowie der Mittel des sog. Korbes II zu achten, weiterhin den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur zu fördern, ein Drittes SED-Unrechtsbereinigungsgesetz vorzulegen, die Förderung des Strukturwandels und der wirtschaftlichen Entwicklung der neuen Länder auf hohem Niveau fortzusetzen, die zunehmende regionale wie sektorale Differenzierung des wirtschaftlichen Entwicklungsprozesses mit seinen vielfältigen Entwicklungschancen im Rahmen ihrer Aufbau-Ost-Strategie stärker zu beachten, die Investitions- und Finanzierungsbedingungen in den neuen Ländern zu verbessern, beizutragen, dass nach dem personellen und infrastrukturellen Aus- und Umbau der ostdeutschen Hochschulen für die noch nicht abgeschlossene Profilbildung dieser Einrichtungen der erforderliche finanzielle und rechtliche Rahmen zur Verfügung steht, die Forschungsstandorte in den neuen Ländern zu stärken, eine gezielte Strategie zu entwerfen, um auch den strukturschwächeren ländlichen Regionen Perspektiven zu eröffnen, bei der weiteren Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitsuchende die fortbestehende besondere Situation Ostdeutschlands zu berücksichtigen, die Branchen- und Themenkonferenzen Ost fortzusetzen, die Programme zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit fortzuführen, alles zu tun, Radikalisierungen in der Gesellschaft, insbesondere dem zunehmenden Rechtsradikalismus, entgegenzuwirken, die Programme „Stadtumbau Ost“ und „Soziale Stadt“ fortzuentwickeln, eine langfristig verlässliche und wirksame Investorenwerbung für Ostdeutschland durch die Zusammenlegung der IIC GmbH und der Invest in Germany GmbH zu sichern und neue Bundeinrichtungen und Institutionen vorrangig in den neuen Ländern anzusiedeln sowie in ihren Unternehmen und Unternehmensbeteiligungen für einen Standort in den neuen Ländern werben.

Annahme des Entschließungsantrags auf Drucksache 16/3310 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Zu 1.

Keine.

Zu 2.

Ablehnung des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

in Kenntnis der Unterrichtung durch die Bundesregierung - Drucksache 15/2870 - den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/3310 anzunehmen.

Berlin, den 21. Dezember 2006

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Dr. Klaus W. Lippold
Vorsitzender

Roland Claus
Berichtersteller

elektronische Vorab-Fassung*

Bericht des Abgeordneten Roland Claus

I. Überweisung

Zu 1. und 2.

Der Deutsche Bundestag hat die Unterrichtung auf Drucksache 16/2870 und den Antrag auf Drucksache 16/3310 in seiner 63. Sitzung am 09. November 2006 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Sportausschuss, den Rechtsausschuss, den Finanzausschuss, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Verteidigungsausschuss, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Gesundheit, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuss für Tourismus und den Ausschuss für Kultur und Medien zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu 1.

Der Jahresbericht beinhaltet vor allem vor allem eine ausführliche Darstellung der Programme und Maßnahmen der Bundesregierung im Aufbau Ost. Einen Schwerpunkt des Berichts bildet die Darstellung von sieben Handlungsfeldern des Aufbaus Ost. Weiterer Schwerpunkte bilden die Betrachtung der Entwicklung in den neuen Ländern und die Fortentwicklung der Förderstrategie für den Aufbau Ost. Zudem beinhaltet der Bericht einen aktuellen statistischen Überblick über die wirtschaftliche Lage in den neuen Ländern. Der Bericht stellt einerseits positive Entwicklungen fest, andererseits aber auch Herausforderungen, vor allem in den Bereichen Arbeitsmarkt und Demographie. Er konstatiert eine deutliche Zunahme der Differenzierung regionaler Entwicklung und stellt fest, dass es noch keine selbst tragende Wirtschaftsentwicklung gibt.

Zu 2.

In dem Antrag werden im Blick auf die Entwicklung in den neuen Ländern Erfolge gesehen, aber auch bisher nicht bewältigte Herausforderungen. Neben dem weiteren Ausbau der Infrastruktur wird vor allem Handlungsbedarf bei der Verbesserung der Investorenwerbung, der Unterstützung des Mittelstands, der Verstärkung von Investitionen in Forschung und Entwicklung, der Fortsetzung der Anstrengungen auf dem Arbeitsmarkt, der Stär-

kung regionaler Wachstumsbündnisse und Wachstumszentren, der Nutzung der Potentiale des ländlichen Raums und der Förderung einer aktiven Bürgergesellschaft gesehen. Die Lebensqualität soll durch entsprechende infrastrukturelle, soziale und kulturelle Angebote gewährleistet werden. Die politischen Rahmenbedingungen und Förderinstrumentarien für eine positive wirtschaftliche und soziale Entwicklung müssten sinnvoll aufeinander abgestimmt werden. Die Bundesregierung soll nach dem Antrag unter anderem aufgefordert werden soll, strikt auf die Umsetzung der Vereinbarung über die Verwendung der im Solidarpakt II zugesagten Mittel sowie der Mittel des sog. Korbes II zu achten, weiterhin den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur zu fördern, ein Drittes SED-Unrechtsbereinigungsgesetz vorzulegen, die Förderung des Strukturwandels und der wirtschaftlichen Entwicklung der neuen Länder auf hohem Niveau fortzusetzen, die zunehmende regionale wie sektorale Differenzierung des wirtschaftlichen Entwicklungsprozesses mit seinen vielfältigen Entwicklungschancen im Rahmen ihrer Aufbau-Ost-Strategie stärker zu beachten, die Investitions- und Finanzierungsbedingungen in den neuen Ländern zu verbessern, beizutragen, dass nach dem personellen und infrastrukturellen Aus- und Umbau der ostdeutschen Hochschulen für die noch nicht abgeschlossene Profilbildung dieser Einrichtungen der erforderliche finanzielle und rechtliche Rahmen zur Verfügung steht, die Forschungsstandorte in den neuen Ländern zu stärken, eine gezielte Strategie zu entwerfen, um auch den strukturschwächeren ländlichen Regionen Perspektiven zu eröffnen, bei der weiteren Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitsuchende die fortbestehende besondere Situation Ostdeutschlands zu berücksichtigen, die Branchen- und Themenkonferenzen Ost fortzusetzen, die Programme zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit fortzuführen, alles zu tun, Radikalisierungen in der Gesellschaft, insbesondere dem zunehmenden Rechtsradikalismus, entgegenzuwirken, die Programme „Stadtumbau Ost“ und „Soziale Stadt“ fortzuentwickeln, eine langfristig verlässliche und wirksame Investorenwerbung für Ostdeutschland durch die Zusammenlegung der IIC GmbH und der Invest in Germany GmbH zu sichern und neue Bundeseinrichtungen und Institutionen vorrangig in den neuen Ländern anzusiedeln sowie in ihren Unternehmen und Unternehmens-

beteiligungen für einen Standort in den neuen Ländern werben..

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu 1.

Der **Sportausschuss** hat die Unterrichtung auf Drucksache 16/2870 in seiner 22. Sitzung am 13. Dezember 2006 beraten und empfiehlt deren Kenntnisnahme.

Der **Rechtsausschuss** hat die Unterrichtung in seiner 42. Sitzung am 13. Dezember 2006 beraten und empfiehlt deren Kenntnisnahme.

Der **Finanzausschuss** hat die Unterrichtung in seiner 42. Sitzung am 13. Dezember 2006 beraten und empfiehlt deren Kenntnisnahme.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat die Unterrichtung in seiner in seiner 37. Sitzung am 13. Dezember 2006 beraten und empfiehlt deren Kenntnisnahme.

Der **Verteidigungsausschuss** hat die Unterrichtung in seiner in seiner 28. Sitzung am 13. Dezember 2006 beraten und empfiehlt deren Kenntnisnahme.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat die Unterrichtung in seiner in seiner 25. Sitzung am 13. Dezember 2006 beraten und empfiehlt deren Kenntnisnahme.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat die Unterrichtung in seiner in seiner 36. Sitzung am 13. Dezember 2006 beraten und empfiehlt deren Kenntnisnahme.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat die Unterrichtung in seiner in seiner 25. Sitzung am 13. Dezember 2006 beraten und empfiehlt deren Kenntnisnahme.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Unterrichtung in seiner in seiner 23. Sitzung am 13. Dezember 2006 beraten und empfiehlt deren Kenntnisnahme.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat die Unterrichtung in seiner 24. Sitzung am 13. Dezember 2006

beraten und empfiehlt deren Kenntnisnahme.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat die Unterrichtung in seiner 24. Sitzung am 13. Dezember 2006 beraten und empfiehlt deren Kenntnisnahme.

Zu 2.

Der **Sportausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 16/3310 in seiner 22. Sitzung am 13. Dezember 2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Annahme.

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag in seiner 42. Sitzung am 13. Dezember 2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Annahme.

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag in seiner 42. Sitzung am 13. Dezember 2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP dessen Annahme.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag in seiner in seiner 37. Sitzung am 13. Dezember 2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Annahme.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag in seiner in seiner 28. Sitzung am 13. Dezember 2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Annahme.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Antrag in seiner in seiner 25. Sitzung am 13. Dezember 2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD gegen die Stimmen der

Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Annahme.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat den Antrag in seiner in seiner 36. Sitzung am 13. Dezember 2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Annahme.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner in seiner 25. Sitzung am 13. Dezember 2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Annahme.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag in seiner in seiner 23. Sitzung am 13. Dezember 2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Annahme.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag in seiner 24. Sitzung am 13. Dezember 2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Annahme.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat den Antrag in seiner 24. Sitzung am 13. Dezember 2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Annahme.

IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat die Unterrichtung auf **Drucksache 15/2870** und den Entschließungsantrag auf **Drucksache 16/3310** in seiner 27. Sitzung am 13. Dezember 2006 beraten. Er hat diese Vorlagen zusammen mit dem Antrag der Koalitionsfraktionen „Mit Innovationsförderung den Aufbau Ost weiter voranbringen“ auf **Drucksache 16/3294** beraten (für den die Federführung beim Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

liegt).

Die **Fraktion der CDU/CSU** lobte die sachliche Diskussion über den Bericht. Der Bericht beinhalte eine realistische Schilderung des Standes des Aufbaus Ost. Sie hob hervor, zu welchen großen Fortschritten der Aufbau Ost in den neuen Bundesländern bereits geführt habe. Die einzelnen Länder hätten ihr Profil geschärft und nutzten ihre eigenen Entwicklungspotentiale. Deshalb dürfe man auch nicht einheitliche Programme für alle neuen Länder entwickeln, sondern müsse Differenzierungen vornehmen und müsse stärker auf die Bedingungen der einzelnen Länder eingehen, um eine selbst tragende Entwicklung zu ermöglichen. Eine solche selbst tragende wirtschaftliche Entwicklung habe man noch nicht, dafür werde man noch 15, 16 Jahre benötigen. Sie begrüßte, dass es nun Planungssicherheit in Bezug auf die Verwendung der Solidaritätspaktmittel gebe. Sie wies darauf hin, dass es für die neuen Länder eine große Last bedeute, die in den nächsten Jahren entstehenden Kosten aus den Zusatzversorgungssystemen der DDR zu tragen. Im Bereich des Infrastrukturausbaus gebe es zwar viele Erfolge, es sei aber notwendig, ihn auch zu vollenden und keine Lücken zu hinterlassen. Dies müsse man in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren angehen. Man müsse die Wachstumskerne weiterentwickeln, dürfe aber auch das Umland und den ländlichen Raum nicht vernachlässigen. Ein Schwerpunkt für die weitere Entwicklung der neuen Bundesländer sei im Bereich Forschung und Bildung zu setzen.

Die **Fraktion der SPD** bekundete, sie stelle fest, dass man sich in der Analyse und der Zustandsbeschreibung weitgehend einig sei. Sie lobte den Bericht und hob die darin enthaltene differenzierte Darstellung der Fakten hervor. Die Entwicklung von Disparitäten sei nicht allein auf die neuen Bundesländer beschränkt. Man müsse für die nächsten Jahre generell eine Strategie entwickeln um strukturschwachen Regionen zu helfen, unabhängig davon, ob sich diese in den alten oder in den neuen Bundesländern befänden. Die westlichen Bundesländer könnten auch von den neuen Bundesländern lernen; ein Beispiel dafür sei der Stadtumbau Ost. Da man nicht mehr aus dem Vollen schöpfen könne, müsse man in Zukunft stärker daran arbeiten, die zur Verfügung stehenden Mittel so effizient wie möglich einzusetzen. Zudem müsse man die Regionen weiterhin in die Lage versetzen, ihre

eigenen Potentiale zu entfalten und ihre Profile zu schärfen. Sie sprach sich dafür aus, das Thema deutsche Einheit auch im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung konzentrierter zu behandeln.

Die **Fraktion der FDP** beklagte, dass Investitionen in Fernstraßen in den neuen Bundesländern rückläufig seien. Dies sei trotz anders lautender Aussagen eindeutig nachzuweisen. Neben der demographischen Entwicklung in den neuen Ländern müsse man auch die Entwicklung in der Gesundheitsversorgung näher betrachten. Es werde immer schwieriger, im Osten Deutschlands noch ein flächendeckendes Netz von Ärzten aufrecht zu erhalten. Dies werde mit einer zeitlichen Verzögerung auch die westlichen Bundesländer betreffen. In Ostdeutschland gebe es mittlerweile 750 Praxen ohne Arzt. Dies werde auch Auswirkungen auf die Abwanderung der Bevölkerung aus den betroffenen Gebieten haben.

Die **Fraktion Die LINKE** führte aus, der vorliegende Bericht stelle die Situation in den neuen Ländern realistischer dar als dies bei früheren Berichten der Fall gewesen sei. Man selbst ziehe aber eine wesentlich kritischere Bilanz zum Stand der deutschen Einheit. Sie hob in diesem Zusammenhang vor allem die Situation auf dem Arbeitsmarkt hervor. Man werde es in Zukunft immer stärker damit zu tun haben, dass es einerseits verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit gebe, andererseits in bestimmten Industriebranchen auch Arbeitskräftemangel. Man müsse feststellen, dass es gescheitert sei, den Aufbau Ost über anderthalb Jahrzehnte als Nachbau West zu betreiben. Es sei daher ein neuer Ansatz erforderlich, bei dem man die neuen Bundesländer als Chance und nicht als Alimentierungsfall begreifen müsse. Weiche Standortfaktoren, wie eine gute Kinderbetreuung, würden künftig für die Förderpolitik bestimmend werden. Sie beklagte, dass nur sechs Prozent der Industrieforschung in der in den neuen Bundesländern stattfindende. Man müsse auch darauf reagieren, dass sich immer mehr große Unternehmen ihrer Verantwortung für die berufliche Ausbildung entzögen. Weiterhin seien Gerechtigkeitslücken bei der Angleichung von Löhnen, Gehältern, Pensionen und Renten zu schließen. Man fordere auch die Verlagerung aller Ministerien des Bundes nach Berlin. In dem Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen seien zwar auch eine Reihe unterstützenswerter

Ansätze enthalten, aber der Aussage, dass die Richtung, welche die Bundesregierung eingeschlagen habe, die richtige Richtung sei, könne man nicht zustimmen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** begrüßte, dass der vorliegende Bericht im Vergleich zu den vorangehenden Berichten realitätsnäher sei. Eine zentrale Herausforderung ergebe sich aus dem demographischen Wandel. Um die Probleme zu lösen, müsse man in den nächsten Jahren sehr viele innovative Ideen umsetzen. Die nächsten Jahre seien entscheidend, denn ab dem Jahr 2009 nehme das Volumen der Solidarpaktmittel kontinuierlich ab. Die neuen Länder müssten dem Rechnung tragen und insbesondere ihre Haushalte in den Griff bekommen. Die Probleme beim Aufbau Ost ergäben sich nicht daraus, dass den neuen Ländern zuwenig Geld zufließe. Man habe aber die verfügbaren Gelder bislang nicht effizient genug eingesetzt. Es sei erfreulich, dass in dem Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen endlich die Bedeutung der Innovationsförderung anerkannt werde. Man habe in der Vergangenheit mit viel Geld versucht, Unternehmen zu bewegen, in die neuen Bundesländer zu gehen, ohne dass dies zu dem gewünschten selbst tragenden wirtschaftlichen Erfolg geführt habe. Daher plädiere sie dafür, sich künftig stärker auf die Nutzung der eigenen Potentiale Ostdeutschlands zu konzentrieren. Man solle die Förderstrategie auf Unternehmen ausrichten, welche auch nachhaltig Arbeitsplätze schafften. Sie sprach sich dafür aus, nach 16 Jahren die Zweiteilung der Ministerien aufzugeben. Die Forderungen, welche in dem Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen enthalten seien, seien aus ihrer Sicht nicht weitgehend genug.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat die Unterrichtung auf **Drucksache 16/2870** zur Kenntnis genommen.

Er hat den Entschließungsantrag auf **Drucksache 16/3310** mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Berlin, den 21. Dezember 2006

Roland Claus
Berichterstatter